

Inhaltsverzeichnis

Sonderbeilage

Dr. Detlev Fischer, Richter am BGH a.D., Karlsruhe

Die neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Maklerrecht

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Wackerbarth, Hagen

Das neue Delisting-Angebot nach § 39 BörsG oder: Hat der Gesetzgeber hier wirklich gut nachgedacht? 385

Prof. Dr. rer. pol. habil. Klaus Wehrt, Buxtehude

Die Rückabwicklung des widerrufenen Immobiliendarlehens 389

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 23.7.2015 I ZR 143/14 Zur Gestaltung der Preisangabe für Telekommunikationsdienstleistungen nach § 66a TKG 397

Bundesgerichtshof 30.7.2015 I ZR 18/14* Untergeordnete Treuhandtätigkeit auch ohne ausdrückliche gesetzliche Gestattung möglicher Unternehmensgegenstand einer Rechtsanwalts-gesellschaft 400

Bundesgerichtshof 28.1.2016 III ZB 88/15* Zur Voraussetzung, dass die Entscheidung des Rechtsstreits von den geltend gemachten Feststellungszielen eines Musterverfahrens abhängt; zu den Anforderungen an die nötige Individualisierung des geltend gemachten prozessualen Anspruchs in einem Güteantrag in Anlageberatungsfällen 403

Bundesgerichtshof 19.1.2016 VI ZR 302/15 Zur Zulässigkeit einer an eine Bank gerichteten und mit der Darstellung der Haltungsbedingungen von Tieren verbundenen Aufforderung auf der Internetseite eines Tierschutzvereins, das Konto eines Interessenverbandes der Tierzüchter zu kündigen 405

OLG München 12.8.2013 19 U 696/12* Zur Darlegung von Ansprüchen aus Swaps und zur Darlegung der Beratung für einzelne Swaps 411

OLG München 24.9.2015 23 U 3491/14* Zur Aufklärungspflichtverletzung einer Bank vor dem Abschluss eines Currency-Related-Swaps 414

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 21.1.2016 IX ZR 32/14* Zur Kenntnis der Finanzverwaltung vom Benachteiligungsvorsatz des Schuldners, der auf Steuerforderungen nur noch unter Vollstreckungsdruck zahlt, wenn ihr bekannt ist, dass Zahlungen nur noch aus einer geduldeten Kontoüberziehung erfolgen 422

Bundesgerichtshof 21.1.2016 IX ZB 24/15 Zur Statthaftigkeit einer zugelassenen Rechtsbeschwerde, wenn das Beschwerdegericht eine unanfechtbare Entscheidung geändert hat; kein Beschwerderecht der Staatskasse gegen die Bewilligung von Prozesskostenhilfe an eine Partei kraft Amtes; Insolvenzverwalter auch dann kein wirtschaftlicher Beteiligter, wenn ein Vermögensgegenstand zur Masse zurückgeführt werden soll, den diese durch eine Pflichtverletzung des Verwalters verloren hat 425

Bundesgerichtshof	28.1.2016	IX ZR 185/13*	Zur Gläubigerbenachteiligung, wenn der in der Zahlung liegende Vermögensverlust des Schuldners durch den damit verbundenen Verzicht des Gläubigers auf weitere Forderungen ausgeglichen wird; keine Gläubigerbenachteiligung, wenn der Erstattungsanspruch aus einer durch Anweisung auf Kredit erbrachten Zahlung nachträglich in ein Darlehen umgewandelt wird	427
Bundesgerichtshof	4.2.2016	IX ZB 71/15*	Zum fehlenden Rechtsschutzinteresse des Schuldners an einem erneuten Eigenantrag mit dem Ziel der Erteilung der Restschuldbefreiung, wenn ihm innerhalb der letzten zehn Jahre bereits einmal die Restschuldbefreiung erteilt worden ist, im vorausgehenden Verfahren aber Forderungen einzelner Gläubiger möglicherweise zu Unrecht von der Restschuldbefreiung ausgenommen worden sind	431

Bücherschau

Otto Palandt

Bürgerliches Gesetzbuch, 75. Aufl.

432